

# mitte drin

Ausgabe 05 / 2018 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

## Hochhausbau am Alex – „Wasser marsch“ für die U-Bahn?

**B**is zu 17 U-Bahnhöfe unter Wasser – dieses Worst-Case-Szenario befürchtet die BVG, falls beim Bau des „Alexanderplatz Residential“ Wasser in die U-Bahntunnel eindringen sollte. Der Standort des 150-Meter-Hochhauses, welches der US-Investor Hines am Alexanderplatz errichten will, befindet sich nämlich über den Tunneln der U2 und U5, die vollständig im Grundwasser liegen.

Seit fünf Jahren liegt das Bebauungsplanverfahren nun auf Eis. Zwar haben Hines und die BVG eine sogenannte Nachbarschaftliche Vereinbarung zur Minimierung der technischen Risiken ausgehandelt, doch die BVG-Chefin Evelyn Nikutta lehnt das Projekt aufgrund der hohen Risiken weiter ab. Sollte der BVG-Vorstand sich gegen die Unterzeichnung der Vereinbarung entscheiden, gäbe es kein Bau-recht und das Projekt wäre faktisch am Ende.

Doch wäre das so schlimm? Auf der Hines-Website erfährt man, dass der Bau das höchste Wohngebäude Deutschlands werden soll.

Eine Hilfe gegen die Wohnknappheit also? Leider nein, bei den geplanten 300 Einheiten handelt es sich ausschließlich um Eigentumswohnungen – Betongold also, schließlich ist der Berliner Immobilienmarkt seit Jahren ein

Eldorado für renditehungriges Kapital und der Standort ein absolutes Filetgrundstück. Aber leistbarer Wohnraum sieht anders aus.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷



Ein Objekt der Begierde für Investoren: der Alex

### Als freier Mensch muss man gar nichts! Tatsächlich?

Günter Herlt meldet da erhebliche Zweifel an. Er stellt fest, dass die Freiheit nicht einmal „über den Wolken wohl grenzenlos sein“ kann. Er hat mal beim ollen Marx nachgesehen. Aus aktuellem Anlass: Karl Marx wurde am 5. Mai vor 200 Jahren geboren.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

### BVV Mitte: Keine Straßennamen für Kolonialverbrecher

Am 19. April beschloss die BVV, einige Straßennamen zu ändern, u.a. die Lüderitzstraße und die Petersallee (mit Stimmen der Linken, der SPD, der Grünen und der Piraten). Das Bezirksamt wird diesen Beschluss nun durchsetzen. Andreas Böttger berichtet.

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

### Da wäre noch Platz für einen gesetzlichen Feiertag

Die meisten Bundesländer haben mehr davon – Bayern und Baden-Württemberg je 13. Wir haben mal gerade neun. Stünde es uns nicht gut zu Gesicht, den 8. Mai als Tag der Befreiung für Deutschland zu begehen? Ellen Brombacher über drängende Erinnerungen.

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

### Lesen gegen das Vergessen

auf dem Berliner Bebelplatz am 10. Mai 2018, 15 bis 17 Uhr

mit Ben Becker, Volker Braun, Christoph Dieckmann, Andrej Hermlin, Beate Klarsfeld, Klaus Lederer, Gesine Löttsch, Petra Pau, Hans-Georg Schwill u.v.a.

## DIE LINKE.

### Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337  
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,  
Do. bis 19 Uhr

**Blick aus dem Amt**

## Kindertagesbetreuung in Mitte – wo sind Plätze?

**D**ie Lage bei der Kitaplatzversorgung in Berlin ist angespannt bis dramatisch; das betrifft auch den Bezirk Mitte. Zwar haben wir das bezirkliche Ziel erreicht, in 2017 ca. 900 neue Plätze zu schaffen, aber vor allem aufgrund von Personalmangel können viele betriebs-erlaubte Plätze nicht „ans Netz gehen“. Verschärft wird die Situation für die Bezirke durch ein Gerichtsurteil, das den Grundsatz stärkt, dass ein Anspruch auf einen Kitaplatz einen Kitaplatz bedeutet. Das ist gut für die Eltern, aber was machen die Bezirke, wenn tatsächlich kein freier Kitaplatz vorhanden ist?

Dazu muss man wissen, dass die Bezirke zwar die Versorgung mit Kitaplätzen gewährleisten sollen, aber bislang kein Belegungsrecht für Plätze haben und die wesentlichen Fragen der Kitafinanzierung, der Fachkräftesituation sowie des Kita-ausbau beim Land Berlin liegen.

Nun können wir eine Art Belegungsrecht mit den kommunalen Kitas vereinbaren, damit die Jugendämter dort Eltern freie Plätze nachweisen können. Mehr freie Plätze für

Mitte kann bedeuten, dass Kinder aus anderen Bezirken zukünftig schlechter einen Platz in unseren kommunalen Kitas finden. Das ärgert die Eltern, manche beschweren sich über Kleinstaaterei. Tatsächlich ist der Bezirk aber in der Verantwortung, vorrangig für die Menschen in Mitte eine Versorgung mit Kitaplätzen zu gewährleisten. Eine Lösung für die Kitaplatznot liegt in diesem „Verschiebebahnhof“ nicht, aber es ermöglicht „Notlösungen“.

In diesem Sinne hilft das Jugendamt Tag für Tag in Kooperation mit Kitas Eltern einen Kitaplatz zu finden. Gleichzeitig nutzen wir als Bezirk jede Möglichkeit, den Platzausbau voranzutreiben.

Bei aller Platznot sollte nicht aus dem Blick geraten, dass in den Kitas pädagogisch gearbeitet wird. Insofern ist den Fachkräften in den Kitas zu danken, die aktuell eine große Last tragen. Neben der Arbeit mit den Kindern müssen sie verzweifelt suchenden Eltern helfen und quereinsteigende Mitarbeiter\*innen betreuen und anleiten, die dafür sorgen, dass mehr Kitaplätze zur Verfügung stehen.



Es bleibt zu hoffen, dass das Berufsfeld Kita insbesondere durch angemessene Bezahlung attraktiver wird und es den Berliner Kitas gelingt, seien es kommunale oder private, Fachkräfte zu finden und frühkindliche Förderung für Kinder aus allen Familien, die es wünschen, zu ermöglichen.

**Sandra Obermeyer**

### Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65  
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

**Aus der BVV**

## Afrikanisches Viertel bekommt neue Straßennamen

**I**n der brütenden Hitze eines frühen Sommers wurde am 19. April in der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte mit Stimmen der Linken, SPD, Grünen und Piraten die Straßenumbenennung im Afrikanischen Viertel beschlossen.

Es sollen die Lüderitzstraße in Cornelius-Frederiks-Straße, der Nachtigalplatz in Bell-Platz, die Petersallee von der Müllerstraße bis zum Nachtigalplatz (Bell-Platz) (Hausnummern 1-26) in Anna-Mungunda-Allee und vom Nachtigalplatz bis zur Windhuker Straße (Hausnummern 27-34) in Maji-Maji-Allee umbenannt werden.

Die kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion Annett Vietzke sagte dazu: „In unserem Demokratieverständnis ist es nicht

mehr zeitgemäß, Kolonialverbrecher mit Straßennamen zu ehren.“

Das Bezirksamt wird jetzt diesen Beschluss umsetzen. Einen genauen Zeitplan wird es nicht geben können, da Anwohner in den betroffenen Straßen ein Klagerecht haben.

Auf die Nachfrage unserer Fraktion hin bot Bezirksbürgermeister von Dassel „Moabit hilft“ bei der Frage von neuen Räumlichkeiten Hilfe an und will sich auch dafür gegenüber dem Berliner Immobilienmanagement (BIM) stark machen, geeignete Räumlichkeiten zu finden. Grund der Nachfrage war, dass „Moabit hilft“ Ende Juni ihre bisherigen Räumlichkeiten verlassen muss.

Zudem stimmt die BVV einstimmig bei Enthaltung der CDU dafür, dass das Be-



zirksam dafür sorgt, dass eine Toilette für Menschen mit Behinderung in der Arminushalle geschaffen wird. Es wurde weiterhin beschlossen, dass sich das Bezirksamt beim Senat dafür einsetzen wird, die geplante versuchsweise Anordnung von Tempo 30 auf der Leipziger Straße im Osten bis zum Spittelmarkt auszudehnen und geschützte Räume für homo- und transsexuelle Obdachlose in der Kältehilfe zu schaffen.

**Andreas Böttger**

Geschäftsführer der Linksfraktion  
in der BVV Berlin-Mitte

# Muss man Marx kennen?

**A**ls freier Mensch muss man gar nichts. Bis man eines Tages erkennt: Es gibt keine grenzenlose Freiheit! Nicht mal über den Wolken. Da gibt es Regeln für den Flugverkehr, für Vulkanasche und Weltraumschrott. Und auf der Erde muss man essen und trinken, Miete und Strom bezahlen.

Der Arzt will die Chipkarte sehen. Die Pillen sind teuer. Das lässt arme Leute früher sterben. Gute Arbeit bringt oft kargen Lohn. Die Milliardäre sind reicher als der Rest der Welt. Diese Ungerechtigkeiten in Deutschland und in der Welt machen wütend. Und spätestens dann muss man zu Marx greifen, weil der einen Röntgenblick für die Tücken des Kapitalismus hatte.

Karl Marx wollte die Ausgebeuteten dieser Erde zur Veränderung der Welt ermutigen und befähigen. Deshalb kniete er sich mit seinem Kumpel Friedrich Engels in die Hintergründe der Nachrichten seiner Zeit. Beide schrieben dann 1848 auf 23 Druckseiten das „Manifest“. Später kam das dreibändige „Kapital“ hinzu. Dazwischen waren sie an vielen Aktionen beteiligt. Ihre Schriften sind eine Schatzkammer wichtiger Erfahrungen des Klassenkampfes. Ihre Klarsicht hatte zwei Quellen: Die tiefgreifende Analyse der realen Existenzbedingungen und die kluge Anwendung der Dialektik beim Streit mit Verbündeten und Gegnern.

Zitate als Beispiel: „Die Dialektik ist dem Bürgertum ... ein Ärgernis und ein Greuel, weil sie in dem positiven Verständnis des Bestehenden auch das Verständnis seines notwendigen Untergangs einschließt ...“ („Kapital“ / Werke Bd.23 S.28) Was vereinfacht heißt: Wir sehen durchaus die Fortschritte in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik. Aber das ändert nichts daran, dass dieses System auf dem Kopf steht und fallen muss.

## DIE STUNDE DER GAUKLER

Viele heutige Meinungsmacher sagen, dass es nicht so wichtig ist, wie es den Leuten geht, sondern wie sie sich fühlen. Das ist dann die Stunde der großen Gaukler. Die beweisen, dass es anderen viel schlechter geht, und wie

unsere Großeltern gelitten hatten. Mit diesem Kitt kann man Wahlen gewinnen. Das ändert aber nichts daran, dass „... nicht das Bewusstsein der Menschen ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein ihr Bewusstsein bestimmt.“ (Vorwort zur „Kritik der politischen Ökonomie“)

Doch wer bläst uns den Sand in die Augen? Das steht im „Manifest“: „Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“ Also: In wessen Hand sind die wichtigsten Medien?

Warum fragen das meistens die Roten und selten die Gelben, Grünen, Rosanen oder gar Schwarzen?

„Je mehr eine herrschende Klasse fähig ist, die bedeutendsten Männer der beherrschten Klassen in sich aufzunehmen, desto solider und gefährlicher ist ihre Herrschaft.“ (Siehe Werke Bd. 25 S. 614)

Erklärt das die Karriere von Schröder, Fischer, Maas, Scholz und anderen?

## DIE SCHANDE IST VERSTECKT

Da der Kapitalismus ein gut vernetztes Weltsystem ist, darf man die Lage nie nach der Betrachtung des eigenen Bauchnabels beurteilen: „Die Heuchelei der bürgerlichen Zivilisation und die von ihr nicht zu trennende Barbarei liegen unverschleiert vor unseren Augen, sobald wir den Blick von ihrer Heimat, in der sie unter respektablen Formen auftreten, nach den Kolonien wenden, wo sie sich in ihrer ganzen Nacktheit zeigen.“ (Werke Bd.9 S.225)

Und als hätten unsere Vordenker gerade den Koalitionsvertrag oder die Hartz-IV-Gesetze gelesen, warnten sie im „Kapital“: „Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol.“

## ZUGABE FÜR AMTSTRÄGER:

„Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinsamen Geschäfte der ganzen Kapitalistenklasse verwaltet.“



Mit 200 Jahren nach wie vor angesagt:  
Karl Marx und Friedrich Engels

Zu finden im „Manifest“, wo auch die heutigen Pannen beim Datenschutz und den Spekulationen mit virtuellem Geld durch den Vergleich mit dem Zauberlehrling begründet werden, der die Geister, die er rief, nicht mehr bändigen kann.

Fazit: Muss man Marx kennen? Wenn man nicht blind oder dumm werden möchte, wäre es schon gut. Manche Grauköpfe sind zwar enttäuscht, weil die Welt des Sozialismus zerbrach. Obwohl es doch hieß: „Wir besitzen die einzige wissenschaftliche Weltanschauung, und die ist allmächtig, weil sie wahr ist.“ Das waren gängige Sätze im Parteilehrjahr, gestanzte wie Lego-Bausteine, aber kaum belastbar. Marx mahnte einst die SPD-Führung: „Der Sturz der kapitalistischen Ordnung liegt in unerreichbarer Ferne ...“ Heute ist beiderseits der Barrikaden vieles anders, viel verflochtener, nicht aussichtsloser! Wir dürfen uns im Übereifer nur nicht auf das Glatteis des Selbstbetruges und der Selbsterfleischung begeben. Nüchterne Analyse, realistische Ziele, immer als Anwalt der Betrogenen, stets als Hüter des Friedens zwischen den Völkern.

Die Schriften von Marx sind ein guter Navigator im Wildwasser des Turbo-Kapitalismus. Sie ersparen uns aber nicht das Denken und Handeln! Im Übrigen hat Charly nicht nur gegebelt, sondern gern auch geblödel. Selbst unter den elenden Bedingungen seiner Familie im Exil.

**G.Herlt**

Fortsetzung von Seite 1: **Hochhausbau am Alex – „Wasser marsch“ für die U-Bahn?**

Eine treffende Charakterisierung solcher Vorhaben lieferte Katalin Gennburg (DIE LINKE) am 16.2.2017 im Abgeordnetenhaus: „Hochhäuser sind sowohl Produkt als auch Triebfeder kapitalistischer Stadtentwicklung notwendigerweise innewohnender Boden-

spekulation und haben mit einer sozialen und ökologisch sensiblen Stadtentwicklung zunächst wenig zu tun.“ „Zunächst“ bedeutet dabei: ohne Regulierung des Marktes. Umso wichtiger ist es, dass der Senat aktuell die Erarbeitung eines Hochhaus-Entwicklungs-

plans betreibt, mit dem laut Koalitionsvertrag „die stadträumliche Verteilung reguliert und die Zahl von Hochhausstandorten beschränkt werden soll“ – damit Hochhäuser die Stadt sinnvoll ergänzen, statt die Spekulation zu befeuern.

**Markus Wollina**

## Menschen in Mitte

# Maik Schierloh wehrt sich gegen Schließung von „Bar Babette“

**3,5 Millionen Unterschriften unter die Petition zur Rettung der „Bar Babette“ wünscht sich Maik Schierloh. „Ganz Berlin muss sich erheben für die Verlängerung des Mietvertrages für das Gastronomie-Kulturprojekt durch den Vermieter Berggruen Holdings GmbH“, erwartet der Chef des gläsernen Würfels in der Karl-Marx-Allee 36.**

Der ehemalige Kosmetiksalon im DDR-Stil der 60er- und 70er-Jahre ist seit Oktober 2003 Kunst- und Kultursalon für Drinks und die unterschiedlichsten Events. „In diesen 15 Jahren haben bei uns mindestens 1000 Künstler Ausstellungen gehabt, wurden mehr als 500 Bücher vorgestellt, spielten an die 200 Bands und gab es rund 1000 Hochzeits- und Geburtstagsfeiern, Vereins- und Betriebsfeste“, zieht Maik Schierloh eine beeindruckende Erfolgsbilanz. „Jetzt darf die Schließung nicht einfach hingenommen werden“, fordert der Bildende Künstler.

Kommentarlos war der Beschluss den 17 Mitarbeitern einfach mitgeteilt worden. Zu Gesprächen ist die Berggruen Holdings GmbH nicht bereit. Die „Bar Babette“ soll dem Café Moskau nebenan, das ebenso zum Privateigentum des Multimilliardärs geworden ist, angegliedert werden. „Beide Locations wie so viele andere hätten damals von der Treuhand gar nicht verkauft und privatisiert werden dürfen“, sagt Maik Schierloh.

1968 in Wilhelmshaven geboren, war er nach dem Kunststudium 1997 nach Berlin gekommen. „Zusammen mit Mitstreitern war ich auf der Suche nach Kunstprojekten“, erinnert er sich. „Wir fanden zuerst eine alte Autowerkstatt in der Simplonstraße, gründeten das ‚Lovelight‘ in Friedrichshain und mieteten schließlich ‚Babette‘“, berichtet der vielseitige Künstler, der selbst die schlichte, hippige Einrichtung entwarf. „Aus dem stillgelegten Sport- und Jugendhotel in Weißensee bezogen wir die Tische und Hocker, aus dem damaligen Metropoltheater die Garderobenständer“.



Künstler und Bar-Chef Maik Schierloh



Früher Kosmetiksalon – heute bliebler Szenetreff

## Noch Tausende Protest-Unterschriften erforderlich

In den unzähligen Kommentaren der sozialen Medien wird „Babette“ als „ein wunderbarer Ort für Begegnungen und Kultur“ und als „einer der wenigen Szenetreffs in der Karl-Marx-Allee“ gelobt. Über 4500 Unterschriften zur Rettung zählt bisher [openpetition.de/Bar Babette](https://www.openpetition.de/Bar-Babette), Tausende weitere sind noch erforderlich. Am 19. und 22. Juni werden Künstler, Besucher und Nachbarn auf dem Symposium „Betongold“ Ideen entwickeln und Schritte vereinbaren, wie Immobilieninvestoren in der Berliner Grundstückspolitik zum Umdenken bewegt werden können. „Dazu erwarten wir auch Politiker unserer Stadt“, betont Maik Schierloh. „Sie sind aufgefordert, die Vielfalt, Kreativität und Kultur an öffentlichen Orten gegen Investoreninteressen zu verteidigen, auch auf die Verlängerung unseres Mietvertrages zu drängen.“

Matthias Herold

## Kurznachrichten

### ► In Deutschland leben über zehn Millionen Ausländer

Ende 2017 waren es 10,6 Millionen. Das sind so viele wie noch nie zuvor. Im Vergleich zum Vorjahr stieg ihre Zahl um 585.000 Menschen. Das Wachstum der ausländischen Bevölkerung schwächte sich aber deutlich ab. Es war etwa so hoch wie 2013, vor dem Beginn des Flüchtlingszuzugs. Die meisten Zuwanderer kamen aus der Europäischen Union – aus Polen, Rumänien und Bulgarien. Insgesamt 439.000 Personen. Weniger Zuwanderer kamen aus Staaten außerhalb der EU. 2017 wurden 163.000 gezählt.

### ► Studium ohne Abitur – auf dem „dritten Bildungsweg“

Diese Möglichkeit gibt es in der BRD seit nunmehr zehn Jahren. Das betraf 2016 fast 60.000 Studienanfänger. Ihre Zahl hat sich seit 2010 verdoppelt. Voraussetzung dafür waren u.a. gute Noten in der Abschlussprüfung an einer Fachhochschule oder bestandene Meisterprüfungen im Handwerk. Die Studienanfänger ohne Abitur stellen gegenwärtig zwei Prozent aller Studierenden.

### ► Einzelkinder – eine Minderheit in Deutschland?

Das Statistische Bundesamt hat jedenfalls für das Jahr 2016 ermittelt, dass über achtzig Prozent der Zehnjährigen eine Schwester oder einen Bruder haben. Dieses Resultat wurde zum „Tag der Geschwister“ – dem 10. April – veröffentlicht. Im Vergleich zu 2006 ist die Zahl nahezu unverändert geblieben.

### ► Fast eine halbe Million „Oldtimer“ auf unseren Straßen

Am 1. Januar 2018 waren genau 477.386 Automobile zum öffentlichen Verkehr zugelassen, elf Prozent mehr als im Vorjahr. Sie bekommen den Buchstaben „H“ ans Ende des Kennzeichens gesetzt. Das weist sie als Historienfahrzeug aus. Bedingung: Sie müssen mindestens 30 Jahre alt sein. Dann gelten sie als „historisches Kulturgut“. Sie unterliegen nicht den Beschränkungen auf Spritverbrauch oder Schadstoffausstoß – historische Kulturgüter dürfen das. Zudem gibt es vielleicht auch noch Vorteile bei der Versicherung und bei der Kfz-Steuer?

### Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an [info@die-linke-berlin-mitte.de](mailto:info@die-linke-berlin-mitte.de)  
Mit besten Grüßen  
Die Redaktion der „mittendrin“

## Bei anderen gelesen

### ► Migrationsprozess ungesteuert

Der Migrationsprozess verläuft ungesteuert. So eine Politik kann niemals gelingen. Entweder gibt es früher oder später eine rechtspopulistische Regierung (Modell Ungarn), oder es setzt eine Auswanderungswelle von Christen, Juden und liberalen Muslimen, gepaart mit einer Art Bürgerkrieg unter den Hiergebliebenen ein (Modell Syrien), oder man geht die Probleme an und setzt mutig Regeln durch, auch gegen Widerstand.

„Der Tagesspiegel“, 21.04.2018

### ► Inflation der Staatssekretäre

Die Bundesregierung verfügt über 63 Staatssekretäre. Das sind deutlich mehr, als nötig wäre, denn die zusätzlichen Führungskräfte führen nicht zu mehr, sondern zu weniger Effizienz in den Ministerien. Dem Ansehen der Politik schadet das Postengeschacher sowieso.

„Cicero“, April 2018

### ► Gefährliche Effekthascherei

§ 219a – Jens Spahn hat nun den Lebensschutz entdeckt, aber eine Debatte ohne Fraktionszwang scheut er. Obwohl das nicht zu seinen ministeriellen Obliegenheiten gehört, hat er Öl in den großkoalitionären Streit um die Abschaffung bzw. Novellierung des Paragraphen 219a gegossen. Es geht beim Schwangerschaftsabbruch um einen Konflikt, in dem sich Frauen befinden und Unterstützung durch Information und Beratung brauchen. Warum unterstützt er diese Forderung nicht, um dem Parlament die Gelegenheit zu geben, die rhetorischen Klängen mit ihm zu wetzen?

„Der Freitag“, April 2018

### ► Keine minderjährigen Rekruten!

Das sollte in jedem Staat ein gesamtgesellschaftliches Anliegen sein. Laut Mitteilung des Verteidigungsministeriums wurde im vergangenen Jahr ein Höchststand von 2128 minderjährigen Rekruten erreicht. Die Bundeswehr kritisiert andere Länder zu Recht und kämpft für die Ächtung des Einsatzes von Kindersoldaten, welchen sie selbst befördert. Wie glaubhaft ist eine solche Politik? Es ist fraglich, ob das nicht das internationale Recht bricht, wie etwa die UN-Kinderrechtskonvention gegen eine Anwerbung von Jugendlichen zum Dienst an der Waffe.

„RotFuchs“, März 2018

## Sprechstunde zu Datenschutz und Computersicherheit

Jeden 2. Donnerstag im Linkstreif,  
zwischen 19 und 21 Uhr, in der  
Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin

# Sanierung einmal anders

## Rundgang durch die FABRIK OSLOER STRASSE mit Katrin Lompscher

**Im Gegensatz zu sonstigen Sanierungen (bei denen der Vermieter z.B. zwecks Neuvermietung den Mietern kündigt oder sich selbst saniert) diente die Sanierung der FABRIK OSLOER STRASSE den erfolgreichen Sozialprojekten, der Nachbarschaftshilfe und der Stadtteilarbeit, wie sich beim Besuch der Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher (DIE LINKE), zeigte.**

die historische Kranbahn wurde saniert und im Labyrinth Kindermuseum Licht installiert. Die Gesamtsumme der Maßnahmen beläuft sich auf fast eine Million Euro. „Das Geld ist hier sehr gut investiert, besonders für die Zukunft der Kinder!“, sagte die Senatorin bei ihrem Besuch.

Auch aufgrund der Sanierungen hat der Verein vom Eigentümer GSE GmbH eine Nutzungszusage bis Ende 2027 erhalten;



Geschäftsführer Schönrich, Senatorin Katrin Lompscher und AGH-Präsident Ralf Wieland (von links)

Am 18. April besuchte Katrin Lompscher die Fabrik Osloer Straße e.V. mit ihren vielfältigen Sozialprojekten und dem Labyrinth Kindermuseum. Der Trägerverein stellte der Senatorin bei einem Rundgang die sozio-kulturellen Projekte in den ehemaligen Fabrikgebäuden Osloer Straße 12 vor. Wie der ebenfalls eingeladene Präsident des Abgeordnetenhauses, Ralf Wieland, bemerkte, hat sich übrigens die Bezeichnung „Fabrik“ für die Gesamtheit dieser Projekte in den letzten Jahren in der Nachbarschaft des Soldiner Kiezes sehr stark eingebürgert.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen hat in mehreren Gebäuden umfangreiche Sanierungsmaßnahmen gefördert. So konnten zum Beispiel neue Fenster und Brandschutztüren eingebaut und Aufgänge hergerichtet werden. Auch

dadurch ist die seit über 35 Jahren etablierte und vielfältige soziale Stadtteilarbeit in Zukunft räumlich gesichert.

Unter ihrem Dach beherbergt die Fabrik eine ganze Reihe sozialer und kultureller Projekte. Dazu gehören unter anderem die Nachbarschaftsetage, das Familienzentrum, die Freiwilligenagentur und die Stadtteilkoordination Osloer Straße. Außerdem gibt es einige selbstständige Einrichtungen auf dem Gelände, wie zum Beispiel das Ausbildungsprojekt Durchbruch e.V., die Jugendwohngemeinschaft und das Betreute Einzelwohnen der Wohnwerkstatt, das Kinder- und Jugendprojekt Putte e.V., das Institut für genderreflektierte Gewaltprävention sowie die Internationalen Projekte von Chance – BJS gGmbH.

Rainer Scholz

## Das neue Hüben und Drüben

**Der Hund bellt, die Frau kreischt, der Fuchs sieht sich um. Als letztes verschwindet der buschige Schwanz ums Eck. Da ist Kater Bakunin schon wieder aus dem Fenster gesprungen.**

Er wird gesucht. Schon frühmorgens stehen, spazieren, sitzen, rennen alte und neue Menschen durch Mitte. Manche lassen Zigarettenstummel fallen, andere stapeln vor Hauseingängen abgenutzte Hemden, Hosen, Teller, Tassen, Bretter, Möbel, Fernseher, Bildschirme, Drucker, zerlesene, selbst neue Bücher. Vis à vis der Hackeschen Höfe wird der Nachwendepfusch entsorgt. Als letztes wird im Sommer die Pro Seniore Residenz verschwinden. Hohe Wertsteigerungspotentiale realisieren sich besser ohne Senioren, Edeka oder Rossmann. Auf 60 Metern Rosenthaler Straße sollen 40 Prozent Luxuswohnungen, 10 Prozent Büros und entsprechende Läden entstehen. Kein Sozialwohnen? Ein öffentlicher Durchgang zur Dircksenstraße?

An wärmeren Wochenenden sind die Nächte länger. Spätis stellen Bänke und Tische auf die Straßen. Hier nehmen Touristen und Einheimische Platz wie in den

Restaurants und gelegentlich entlang der Bordsteinkanten. Man isst, trinkt, raucht, steht an Häuserwänden oder mitten auf dem Bürgersteig, kommt, geht, flirtet, verständigt sich. Sonntags ist Stadtwanderung. Mein Freund aus Wilmersdorf wundert sich über Trödel, Handarbeit und kulinarische Feinheiten. Er hatte im Mauerpark Bäume und grüne Flächen erwartet. Wir schieben uns am Bauzaun Bernauer und Eberswalder Straße mit Gruppen junger Leute und munteren Kindern hinein. Alle wollen dabei sein, chillen, picknicken, quatschen. Musikanten wird applaudiert. Hier stoßen alte Mitte und alter Prenzlauer Berg aneinander.

Vom Wedding kommen durch den anderen Eingang türkische und rumänische Großfamilien, bringen Lebensmittel, Tische und Stühle. Junge und alte türkische Frauen schnippeln Gemüse, Männer bestücken den Grill, Kinder toben. Shisha rauchend präsidieren altehrwürdige Familienoberhäupter, Alkohol verboten. Nicht alle Frauen tragen Kopftuch. Am rumänischen Grill gilt kein Alkoholverbot, Musikkonserven erinnern an sowjetisches Kino. In beiden Gruppen erweitert sich das Familiäre durch Freun-



Schmuddelecken inmitten der City

de, Tanten, Onkel, Cousins, Cousinen, mit Geschlecht und Alter wird hier anderes verbunden als auf der östlichen Seite. Diese kulturelle Divergenz entspricht nicht dem einstigen Hüben und Drüben.

**Irene Runge**

## 8. Mai – Wir erinnern

**Am 8. Mai 1945 begehen wir den Tag der Befreiung. Unvergessen bleiben die Soldaten der Antihitlerkoalition, die Partisanen und Kämpfer des illegalen Widerstandes. Unvergessen die in den KZs Gequälten, die in unvorstellbarer Zahl Ermordeten, darunter 6 Millionen Jüdinnen und Juden.**

Wir vergessen auch nicht die für deutsche Kapitalinteressen Missbrauchten. In besonderer Dankbarkeit verneigen wir uns vor dem Sowjetvolk. Es trug die Hauptlast des Krieges – 27 Millionen Opfer.

Der Militärhistoriker Prof. Sönke Neitzel meinte kürzlich, die Sowjetunion hätte den deutschen Vormarsch im Blut der eigenen Leute ertränkt. Was für eine Dreistigkeit, jeder Empathie. Hätte die Sowjetunion kapitulieren sollen, am besten schon vor Moskau? Oder im eingeschlossenen Leningrad oder eben in Stalingrad? Hätte die Losung nicht ausgegeben werden dürfen: Hinter der Wolga gibt es kein Land? Sie hätten ihre Leute nicht geschont, wird der Sowjetunion vorgeworfen. Über 600

Dörfer wurden allein in Belorussland dem Erdboden gleichgemacht. Die bestialisches Vernichtungsaktionen wurden mit Partisanenaktivitäten begründet. Muss man nun die Legitimität des sowjetischen Partisanenkrieges in Frage stellen? Nein:

Die gewaltigen sowjetischen Opfer hat der deutsche Faschismus zu verantworten. Sie zeugen davon, wie ernst es den Faschisten war, als sie von einem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion sprachen. Sie führten ihn.

Die Demagogie Neitzels ist ebenso unfassbar, wie der Umgang der Bundesregierung mit einer Anfrage zum gleichen Thema durch Sevim Dagdelen. Sie fragte, ob der Überfall auf die Sowjetunion aus Sicht der Bundesregierung grundsätzlich ein verbrecherischer Angriffskrieg bleibt, den



Ehrendes Gedenken in Treptow an die gefallenen Sowjetsoldaten

Nazideutschland ohne jede Not eröffnete. Die Antwort: „Die Einordnung damaliger militärischer Handlungen der Wehrmacht als verbrecherisch im strafrechtlichen Sinne ist einzelfallbezogen vorzunehmen.“

Einzelfallbezogen! Wer so mit 27 Millionen Opfern umgeht, dem ist jegliche Demut vor den Toten und deren Kindern und Kindeskindern fremd. Es darf nicht weiter Hass gegen Russland geschürt werden. Es bedarf der Wiederherstellung vernünftiger, respektvoller Beziehungen zu diesem leidgeprüften Land.

**Ellen Brombacher**

# Gegen die Vermüllung: Aktionsprogramm „Saubere Stadt“

**A**chtlos hingeworfene Kaffeebecher, illegal abgelagerte Müllsäcke oder auf der Straße „entsorgte“ Möbel und Matratzen – oft schlägt mir in Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern in unserem Bezirk Ärger über die zunehmende Vermüllung des öffentlichen Raumes entgegen.

Es wird davon berichtet, dass Müllecken „wachsen“. Erst ist es nur ein bisschen und nach und nach gehen auch andere offenbar davon aus, dass man hier noch was dazu legen kann. Bis zu Moder und Ungeziefer ist es nach dem ersten Regen dann oft nicht mehr weit.

Über die Ursachen für rücksichtsloses Ablagern von Müll gehen die Analysen auseinander: einerseits wird der achtlose Umgang einiger Zeitgenossen mit ihrer Umwelt und ihren Nachbarn verantwortlich gemacht – Folge auch der schnell wachsenden Stadt mit zunehmender Anonymität. Andererseits gibt es auch immer wieder Kritik an der fehlenden kostenlosen Sperrmüllabfuhr in Berlin. Die Mehrheit der Berliner Haushalte hat kein eigenes Auto und ist auf die kostenpflichtige

Terminabfuhr der BSR oder einen Mietwagen angewiesen, um den Wertstoffhof der BSR zu erreichen. Beides ist gerade für Menschen mit wenig Geld eine echte Hürde.

Und so fährt die BSR nach Meldung durch die Ordnungsämter Jahr für Jahr Zehntausende Kubikmeter illegalen Sperrmüll ab – allein 2016 waren es 24.300 Kubikmeter, die Kosten von 4,3 Millionen Euro verursachten. Jeder kann per Telefon oder auch per Ordnungsamtsapp auf dem Handy Müll im öffentlichen Raum melden. Zumeist funktioniert die Beseitigung nach meiner persönlichen Erfahrung, aber auch Berichten aus meinem Wahlkreis ganz gut, wenn auch mit etwas Zeitverzögerung.

Eine echte Verbesserung strebt die Koalition aber mit dem Aktionsprogramm „Saubere Stadt“ an, das ein ganzes Bündel von Maßnahmen enthält. Zunächst geht es darum, das Bewusstsein und die Kenntnisse über sachgerechte Mülltrennung und -entsorgung in der Bevölkerung zu schärfen. Zudem soll es Pilotprojekte zu einer kostenlosen regel-

mäßigen Sperrmüllabfuhr in einzelnen Kiezen geben. Die Zahl der Mülleimer wird erhöht, die Kundenfreundlichkeit der Wertstoffhöfe,



Abgeordneter im Berliner Parlament: Tobias Schulze

etwa bei den Öffnungszeiten, ebenso. Die Reinigung von Parks durch die BSR wird ausgeweitet und das ehrenamtliche Engagement vieler für saubere Kieze und Grünanlagen gestärkt. Nicht zuletzt werden die Ordnungsämter personell aufgestockt. Eine lebenswerte Stadt ist eine ohne illegalen Müll, jeder kann sich dafür engagieren.

**Tobias Schulze**

## Wenn der Bezirk Häuser kauft

**„Wohnen ist für uns ein Grundrecht“ – auf diese wesentliche Forderung der LINKEN verpflichtete sich das rot-rot-grüne Regierungsbündnis 2016 im Koalitionsvertrag. In Berlin, wo die Hälfte der Bevölkerung Anrecht auf einen Wohnberechtigungsschein (WBS) hat, bedeutet dies, bezahlbaren Wohnraum zu sichern – nicht nur durch Neubau, sondern auch im Bestand, um Verdrängung von Mietern zu verhindern. Gemäß dem Koalitionsvertrag hat der Senat deshalb 2017 ein Konzept zur verstärkten Anwendung von Vorkaufsrechten verabschiedet.**

Das Vorkaufsrecht kommt in Berlin besonders in Milieuschutzgebieten zur Anwendung. Wenn beim Verkauf eines Hauses zu befürchten ist, dass durch den neuen Eigentümer die Ziele des Milieuschutzes verletzt werden, kann das Land oder der Bezirk das Gebäude selbst zum Verkehrswert erwerben. Alternativ kann der Käufer sich mit einer sogenannten Abwendungsvereinbarung auf die Einhaltung des Milieuschutzes verpflichten (Einhaltung der Verordnungsmieten, keine Umwandlung in Eigentumswohnungen und kein Rückbau – sonst drohen Vertragsstrafen).

Spitzenreiter in Sachen Vorkaufsrecht ist der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, der in elf Fällen selbst in Kaufverträge eintrat. In Mitte ist dies erst einmal erfolgt, bei dem Wohnhaus Rathenower Str. 50 in Moabit. In zwei Fällen wurden Abwendungsvereinbarungen erreicht, fünf sind noch unentschieden. Dabei ist die tatsächliche Ausübung des Vorkaufsrechts nur ultima ratio; die Abwendungsvereinbarung stellt eigentlich den Idealfall dar. Denn die Nutzung des Vorkaufsrechts erfordert ein personalaufwändiges Verfahren, das in einer Zweimonatsfrist abgeschlossen werden muss.

Im April haben der Verkäufer und der ursprüngliche Erwerber der Rathenower Str. 50 überraschend Widerspruch gegen den Kauf durch den Bezirk eingelegt. Die Mieter haben sich deshalb zusammengeschlossen, um für die Umsetzung des Vorkaufsrechtes zu streiten. Zur Unterstützung der Hausgemeinschaft hat die Linksfraktion Mitte eine Große Anfrage an das Bezirksamt gestellt und Informationen über den bislang anonymen Käufer und das geplante Vorgehen im Prozess angefordert. Aktuell laufen in Berlin sieben weitere Gerichtsverfahren gegen die Anwendung von Vorkaufsrechten.



Handeln im Interesse der Mieter

Prozesse dieser Art sind zwar ärgerlich und zeitaufwändig – sie zeigen aber auch, dass Berlin auf dem richtigen Weg ist. Denn eine Stadt, die das Grundrecht auf Wohnen wahren will, muss auch Zähne zeigen, wenn Wohnungseigentümer kein Interesse an der Sicherung des Milieuschutzes haben.

**Markus Wollina**

## Das ist das Letzte

Wenn der amtierende Cowboy in Washington zum Handy greift und twittert, dann zittern selbst seine Verbündeten. Der Mann gilt als dümmlich, rabiät und unberechenbar. Er macht die Spielregeln der Diplomatie zu Lokus-Papier. Er baut auf das „Recht des Stärkeren“. Das belebt den Stuhlgang der Börse. Das dient der Erprobung neuer Waffen. Das freut die Sponsoren seiner Wahl. Er braucht dann nur noch, möglichst weitab, einen Krieg. Die Meinungsmacher verteufeln den anvisierten Gegner. Den Anlass liefern die Geheimdienste mit allem, was sie finden oder erfinden. Das ist dutzendorfach erprobt. Natürlich immer im Namen der Freiheit, der Menschlichkeit und der Verteidigung der Heimat.

Frau Merkel ließ Mister Trump wissen, dass sie den Vorgang in Syrien für nötig und nützlich hält, aber nicht mitmachen möchte. Ihre Stahlhelm-Uschi sei aber dabei, auf anderen Kriegsschauplätzen nachzurüsten. An der Grenze zu Russland üben deutsche Truppen Außenpolitik mit Panzer.

Mister Trump eröffnete seine Pressekonferenz mit dem Wort „Showtime!“ Dann rief er: „Mach dich bereit, Russland!“ Er schwärmte, dass er „smarte, moderne Präzisionswaffen“ für einen „Militärschlag“ hat. Wer so spricht, wirkt wie ein sadistischer Psychopath. Wenn er dann für drei Zielobjekte 113 Raketen und Marschflugkörper losschickt, dann ist das nicht „Präzision“. Ihm hat wohl auch keiner gesagt, dass Syriens C-Waffen unter internationaler Aufsicht vernichtet wurden. Und was besagen Spuren von Chlorgas, wenn das Zeug in jeder Schwimmhalle herumsteht? Die Ausgangsstoffe für Chemiewaffen sind in jeder Apotheke zu haben. Bei solchen Substanzen macht stets die Dosis das Gift. Aber warum musste der „Militärschlag“ kurz v o r Anknuff der Inspektoren erfolgen, die nach Beweisen suchen sollen?

Inzwischen haben Briten, Franzosen und Deutsche bei Umfragen mit 70 bis 85 Prozent diese blindwütige Eskalation abgelehnt und Verhandlungen verlangt. DIE LINKE hatte vor dem Bundestag zum Protest aufgerufen und erklärt: Das Gift ist in den Köpfen der Befehlshaber der NATO zu suchen!

**Arthur Paul**

### Impressum:

**Bezirksvorstand Berlin-Mitte**  
der Partei DIE LINKE  
**Geschäftsstelle:**  
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337  
**E-Mail-Adresse:**  
info@die-linke-berlin-mitte.de  
**Internet:** www.dielinke-berlin-mitte.de  
**V.i.S.d.P.:** Thilo Urchs  
**Satz + Druck:**  
R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
**Redaktionsschluss:** 23.04.2018  
**Ausgabetag für Nr. 06/2018 - 07.06.2018**

## BÜRGER\*INNENDIALOG

Anett Vietzke und Katharina Mayer  
Mitglieder der Linksfraktion in der  
BVV Berlin Mitte **laden ein**

**JEDEN 2.FREITAG IM MONAT**

16:00 – 18:00

im LINKSTREFF

Malplaquetstr. 12  
13347 Berlin - Wedding

## Sprechstunde zu Mieten und Wohnen

an jedem 2. + 4. Dienstag im Monat  
von 12-14 Uhr.

Wenn Ihr akute Probleme mit Vermietern,  
Investoren, Maklern im Wedding habt und  
nicht weiter wisst: **kommt vorbei!**

## Wahlkreisbüro Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39  
13353 Berlin – Wedding  
Tel.: 030 – 547 13 449  
(Bus 142 Kiatschoustraße, S- und U-Bahnhof  
Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße)  
buero.schulze@linksfraktion.berlin

### Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr  
Mittwoch 13 – 18 Uhr  
Und nach Vereinbarung!

[www.sprengbuero.de](http://www.sprengbuero.de)  
[www.tobiasschulze.berlin](http://www.tobiasschulze.berlin)  
Twitter: @sprengbuero

## Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des  
Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE –  
mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats**  
von 17.00 bis 19.00 Uhr im  
Nachbarschaftszentrum  
„Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität,  
Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats**  
im Kreativhaus, Fischerinsel 3,  
10179 Berlin.

**an jedem ersten, dritten und fünften  
Mittwoch des Monats**

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV)  
sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht  
durch die **Rechtsanwältin**

**Nina Jenny Soest und Christian Wisch**  
von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)  
LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin,  
Tel.: 28705751

**jeden 4. Mittwoch im Monat**

von 14.00 bis 16.00 Uhr  
kostenlose Mieterberatung  
im Karl-Liebke-Haus, Raum 523,  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178



## DIE LINKE. Berlin-Mitte

fährt dieses Jahr wieder über Pfingsten  
VOM **18.-21. Mai nach Blossin.**

Inmitten des Brandenburger Waldes und direkt  
am Ufer des Langen Sees wollen wir die ruhigen  
Pfingsttage nutzen, um uns kennenzulernen, ge-  
meinsam zu entspannen und zu feiern und natür-  
lich Politik zu machen! Hierzu sind alle Mitglieder des  
Bezirksverbandes, politisch interessierte Freunde  
und unsere vielen neuen Genoss\*innen herzlich  
eingeladen.

**Die Anmeldung erfolgt über die  
Geschäftsstelle.**

**Weitere Infos gibt es auf:**  
<http://gleft.de/2cO> oder  
[www.dielinke-berlin-mitte.de/termine](http://www.dielinke-berlin-mitte.de/termine)



## BÜRGERBÜRO BLUHM – SEIDEL – WOLF

Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin  
Telefon (030) 22 49 45 77  
[kontakt@carola-bluhm.de](mailto:kontakt@carola-bluhm.de) / [www.carola-bluhm.de](http://www.carola-bluhm.de)  
**Sozial- und Mietenberatung**  
Do 17-18 Uhr: 3.5. / 17.5. / 31.5. / 14.6. / 28.6.

## Wir gratulieren im Mai zum Geburtstag!

- Zum 99. Gerhard Hiller
- zum 93. Ingeborg Schlag
- zum 90. Irmgard Tinz, Gerhard Hanusch
- zum 89. Ursula Eberhardt,  
Lieselotte Meschter
- zum 88. Ruth Claus, Ursula Witt  
Annelore Harnusch
- zum 87. Eva Braun, Ingomar Klein,  
Horst Rost, Peter Urchs
- zum 86. Holger Petersen
- zum 85. Manfred Maser
- zum 84. Herbert Schulze
- zum 83. Doris Rabe, Absjörn Andersen
- zum 82. Bettina Beissert, Dieter Lupp,  
Gisela Rademacher
- zum 81. Gerd Schulze
- zum 80. Dieter Ziegelitz
- zum 75. Rainer Scholz, Ursula Teltow